

## **Beschlußempfehlung und Bericht** **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

**a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Hans-Peter Repnik, Ilse Aigner, Dr. Gerd Müller, Dr. Wolfgang Götzer, Klaus Holetschek, Franz Obermeier, Dr. Klaus Rose, Kurt J. Rossmanith, Dr. Andreas Schockenhoff, Horst Seehofer, Wolfgang Zeitlmann, Benno Zierer, Erwin Marschewski, Günter Baumann, Meinrad Belle, Dr. Joseph-Theodor Blank, Sylvia Bonitz, Wolfgang Bosbach, Klaus Brähmig, Hartmut Büttner (Schönebeck), Ernst Hinsken, Martin Hohmann, Hartmut Koschyk, Beatrix Philipp, Dietmar Schlee, Dr. Hans-Peter Uhl, Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Volker Kauder, Peter Götz, Heinz Seiffert, Annette Widmann-Mauz, Siegfried Hornung, Elmar Müller (Kirchheim), Matthias Wissmann, Hans Jochen Henke, Franz Romer, Dr. Paul Laufs, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) und der Fraktion der CDU/CSU**  
– Drucksache 14/1144 –

### **Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung anlässlich der Hochwasserkatastrophe Pfingsten 1999 in Süddeutschland**

**b) zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Homburger, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Gisela Frick, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Dr. Klaus Kinkel, Dirk Niebel, Rainer Brüderle, Jörg van Essen, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Herman Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**  
– Drucksache 14/1152 –

### **Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung anlässlich der Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland**

#### **A. Problem**

Mit dem Antrag auf Drucksache 14/1144 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in Ergänzung zu den Hilfsprogrammen der betroffenen Länder für die Geschädigten in Deutschland finanzielle Mittel und Hilfen in gleicher Weise und anteiliger Höhe wie beim Oderhochwasser 1997 zur Verfügung zu stellen. Zur Schadensbe-

wältigung soll ein koordinierter und kostfreier Einsatz der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und des Technischen Hilfswerks erfolgen.

In dem Antrag auf Drucksache 14/1152 wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert,

- das Hochwasser am Bodensee und an den Flüssen in Süddeutschland bei Hilfsmaßnahmen entsprechend dem Oder-Hochwasser zu behandeln;
- mit den Ländern Baden-Württemberg und Bayern eine vergleichbare Verwaltungsvereinbarung zur unterstützenden Hilfe zu schließen, wie seinerzeit mit dem Land Brandenburg;
- sich bei der EU dafür einzusetzen, daß stillgelegte Ackerflächen ohne Rückforderung der Direktzahlungen mit überfluteten Flächen getauscht und abgeerntet werden dürfen;
- den geschädigten Landwirten und Gemüsebauern durch ein Soforthilfeprogramm und ein KfW-Kreditprogramm finanzielle Entschädigungen und Hilfen zur Verfügung zu stellen;
- dem Tourismusbereich und dem Gewerbe über die von den zuständigen Landesregierungen beschlossenen Maßnahmen hinaus Übergangs- und Soforthilfen zukommen zu lassen;
- zur Instandsetzung, Wiederherstellung und zum Wiederaufbau von durch Hochwasserschäden, darunter auch Schäden durch hochdrückendes Grundwasser, betroffenen Wohngebäuden den Ländern Baden-Württemberg und Bayern Finanzhilfen des Bundes in entsprechendem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- den durch das Hochwasser betroffenen Städten und Gemeinden, denen durch Sicherungs- und Hilfsmaßnahmen sowie Schäden an öffentlichen Gebäuden und an der Infrastruktur hohe Kosten entstanden und noch entstehen, finanzielle Hilfen zu gewähren;
- zusätzlich zu den genannten Maßnahmen steuerliche Erleichterungen für die Betroffenen vorzusehen; wie z. B. Stundung von Steuern, Herabsetzung von Vorauszahlungen, Verzicht auf Vollstreckungsmaßnahmen und Sonderabschreibungen bei der Instandsetzung von Betriebsgebäuden und bei der Ersatzbeschaffung beweglicher Wirtschaftsgüter.

## **B. Lösung**

Annahme der Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 in der Fassung der Beschlußempfehlung und im übrigen Ablehnung der ursprünglichen Fassung.

## **Mehrheit im Ausschuß**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

In noch zu ermittelnder Höhe.

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- a) Die Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 in der nachfolgenden Fassung anzunehmen:

### I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Bundesregierung bei den Hochwassern in Bayern und Baden-Württemberg vom ersten Tag an mit den Kräften des THW, des BGS und der Bundeswehr bei der Bekämpfung der Katastrophe ebenso geholfen hat wie bei den Aufräumarbeiten. Die Hilfen der Bundeswehr halten noch an und stehen nach der Aussage des Bundesministers der Verteidigung weiter zur Verfügung, soweit sie beantragt sind und die Kammern ihre Unbedenklichkeitstestate ausgestellt haben. Die Kosten trägt der Bund. Der Deutsche Bundestag dankt allen Helferinnen und Helfern des THW und allen Angehörigen von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr für ihren Einsatz.

### II.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß das heute erkennbare Ausmaß der Schäden eine Hilfe des Bundes für die geschädigten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Betriebe, die Landwirtschaft, Vereine und Kommunen so erheblich ist, daß eine über die Hilfe des Landes und der Spender hinausgehende Hilfe des Bundes notwendig ist. Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß die Bundesregierung diese Hilfe leistet.

### III.

Der Schwerpunkt der Hilfe des Bundes soll in der Hilfe zur Selbsthilfe bestehen. Dabei soll das Kreditinstrumentarium der Kreditanstalt für Wiederaufbau so ausgestaltet und angeboten werden, daß es den Betroffenen wirklich hilft.

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen ein Kreditvolumen von mindestens 200 Mio. DM bereitgestellt hat. In Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau soll die Bundesregierung deren Konditionen für das Hochwasser-Kreditprogramm so ausgestalten, daß alle Geschädigten einschließlich der Kommunen zügig an den Neu- und den Wiederaufbau herangehen können.

Dafür kommen unter anderem folgende Instrumente in Betracht:

- lange Laufzeiten des Kredits, mindestens fünf tilgungs- und zinsfreie Jahre, Zinsbeihilfen;
- Bürgschaften;
- bei der Gewerblichen Wirtschaft, Landwirtschaft und dem Fremdenverkehr Liquiditätsdarlehen und Investitionsdarlehen, die nachrangig abgesichert werden.

Die über die KfW-Konditionen hinausgehende Verbesserung der Konditionen soll durch Bundesmittel gedeckt werden.

2. Der Deutsche Bundestag appelliert an die beteiligten Banken und deren Spitzeninstitute, den hochwassergeschädigten Bürgern, Vereinen und Unternehmen durch Teilerlasse der Alt-kredite entgegenzukommen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, die Hilfskredite zum Wiederaufbau in Anspruch zu nehmen, ohne die Bilanz- und Vermögensstrukturen zu überfordern.

#### IV.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den Verwaltungen der betroffenen Länder beim Haushaltsvollzug alle Möglichkeiten zu nutzen, die den Ländern dabei helfen, die Hochwasserschäden zu bewältigen.

#### V.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, insbesondere im Bereich der Landwirtschaft mit der Europäischen Kommission Verabredungen zu treffen, die beim Vollzug der Beihilfen die Hochwassergeschädigten größtmöglich entlasten.

- b) Die Anträge auf Drucksachen 14/1144 und 14/1152 in ihrer ursprünglichen Fassung abzulehnen.

Bonn, den 23. Juni 1999

#### Der Innenausschuß

**Dr. Willfried Penner**  
Vorsitzender

**Harald Frieze**  
Berichterstatter

**Meinrad Belle**  
Berichterstatter

**Cem Özdemir**  
Berichterstatter

**Dr. Max Stadler**  
Berichterstatter

**Petra Pau**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Harald Friese, Meinrad Belle, Cem Özdemir, Dr. Max Stadler und Petra Pau

### I.

Die **Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152** wurden in der 45. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Juni 1999 dem Innenausschuß federführend sowie dem Haushaltsausschuß, Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verteidigungsausschuß, Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie dem Ausschuß für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

1. Der **Haushaltsausschuß** hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 die Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 einvernehmlich für erledigt erklärt und empfiehlt dem federführenden Innenausschuß den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen interfraktionellen Antrag der Fraktionen im Haushaltsausschuß anzunehmen.
2. Der **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 die Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt. Der Ausschuß hat den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.
3. Der **Verteidigungsausschuß** hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 die Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt. Der Ausschuß hat den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS angenommen.
4. Der **Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** schlägt in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 dem Innenausschuß vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 zu empfehlen. Dabei wurde der Antrag auf Drucksache 14/1144 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Frak-

tionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS sowie einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Antrag auf Drucksache 14/1152 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der aus der Beschlußempfehlung ersichtliche Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde mit den Stimmen der Antragsteller sowie der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

5. Der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat keine mitberatende Stellungnahme abgegeben.
6. Der **Ausschuß für Tourismus** hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/1144 abzulehnen. Er empfiehlt mit dem gleichen Stimmenverhältnis die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/1152. Gleichzeitig empfiehlt der Ausschuß für Tourismus mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Annahme des aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungsantrages der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
7. Der **Innenausschuß** hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1999 mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS empfohlen, die Anträge auf den Drucksachen 14/1144 und 14/1152 in der aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Er hat des weiteren mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/1144 in seiner ursprünglichen Fassung abzulehnen;

mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS hat er ebenfalls empfohlen, den Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/1152 in seiner ursprünglichen Fassung abzulehnen.

**II.**

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zur 15. Sitzung des Innenausschusses den aus der Beschlußempfehlung ersichtlichen Änderungsantrag vorgelegt.

Die im Innenausschuß vertretenen Fraktionen waren einhellig der Auffassung, daß den vom Hochwasser Betroffenen in Süddeutschland Hilfen zu gewähren sind; Dissens bestand darin, im vollen Umfang entsprechende diesbezügliche Maßnahmen in Analogie zur Oder-Hochwasser-Katastrophe vorzusehen.

Bonn, den 23. Juni 1999

**Harald Frieze**  
Berichterstatler

**Meinrad Belle**  
Berichterstatler

**Cem Özdemir**  
Berichterstatler

**Dr. Max Stadler**  
Berichterstatler

**Petra Pau**  
Berichterstatlerin

